

# NEUE LUZERNER ZEITUNG



Einfach einkaufen!

**Öl** Es ist genügend Rohöl vorhanden, doch die Gerüchte um Lieferengpässe halten sich – der Preis steigt. **13**

**Übel** Mode-Star John Galliano gab in einer Pariser Bar rassistische Beschimpfungen von sich. **40**

## Im Keller lebendig begraben



Freiheitskämpfer suchen auf einem Militärgelände in Bengasi nach lebendig begrabenen Gefangenen.  
Bild Katharina Eglau

**BENGASI** red. Muammar el Gadhafis Macht bröckelt immer mehr, hervor kommen die Gräueltaten seiner Schreckensherrschaft. In Bengasi, der zweitgrössten Stadt Libyens, stiessen Freiheitskämpfer auf unterirdische Verliese, in die Gefangene lebendig begraben wurden.  
«Wir vermuten ein ganzes System von unterirdischen Zellen», sagt Iyad Ali, einer der Oppositionellen. Man habe Stimmen aus der Tiefe gehört,

wisse aber nicht, wie man an die Menschen herankommen könne, so Ali weiter.

### Auch EU beschliesst Sanktionen

Der Druck auf den libyschen Diktator nimmt weiter zu. Nach den USA hat gestern auch die EU Sanktionen gegen Libyen beschlossen. Und der Freiburger Anwalt Ridha Ajmi hat den Schweizer Behörden eine Liste mit 22 Personen oder Organisationen aus dem Um-

feld des libyschen Machthabers übergeben. Er verlangt, dass deren in der Schweiz angelegte Gelder eingefroren werden.

Die Vereinten Nationen erwägen unterdessen militärische Schritte, um das Blutvergiessen in Libyen zu stoppen. Diskutiert wird eine Flugverbotszone. Der britische Premier David Cameron bestätigte entsprechende Pläne.

Ghadhafi versucht derweil, verlorene Städte zurückzugewinnen. Ein Angriff

auf die Stadt Sawija scheiterte gestern Abend jedoch.

### Ghadhafi bestreitet Proteste

Der Diktator selber gab gestern wieder eines seiner wirren Interviews. Gegenüber dem US-Fernsehsender ABC bestritt Ghadhafi, dass die libysche Bevölkerung den Wunsch hegt, ihn zu stürzen: «Mein ganzes Volk liebt mich. Sie würden sterben, um mich zu beschützen.» **3**

## Nationalrat stockt den Kredit auf

**ENTWICKLUNGSHILFE** red. Die Schweiz verstärkt ihr Engagement in der Entwicklungshilfe. In den Jahren 2011 und 2012 wird der entsprechende Kredit um 640 Millionen Franken erweitert. Der Nationalrat hiess gestern die Vorlage gut; der Ständerat segnete sie schon im Dezember ab. 570 Millionen Franken gehen an die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, weitere 70 Millionen an das Staatssekretariat für Wirtschaft. Bekämpft wurde die Vorlage von der SVP und einem Teil der FDP. Von einem «Geldregen fürs Ausland» sprach SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli. Die Bundesräte Micheline Calmy-Rey und Johann Schneider-Ammann liessen diese Kritik nicht gelten.  
**Kommentar 5. Spalte**

**5**

## Steckt der Geheimdienst dahinter?

**RÜTLI-BOMBER** Der Bund schützt immer noch einen suspekten Informanten im Zusammenhang mit dem Rütli-Attentat. Ein Anwalt will nun das Parlament einschalten.

red. Am 1. August 2007 detonierte auf dem Rütli eine Bombe. Noch immer ist ungeklärt, wer hinter dem Attentat steckt. Daran haben auch die Behörden ihren Anteil: Der Geheimdienst will die Identität eines Informanten nicht preisgeben. Das wiederum erzürnt den Anwalt, der die Interessen jener Person vertritt, die des Attentates beschuldigt wird.

### Vorwürfe an die Regierung

**BUNDES RAT** red. Die Ermittlungen rund um das Rütli-Attentat sorgen immer wieder für Ärger. Schon 2010 beklagte sich der damals zuständige Staatsanwalt Hans Baumgartner über die Regierung. Der Bundesrat weigerte sich, die Akten zum geheimen Informanten herauszugeben. «Der Gedanke ist ungeheuerlich, sich auch in der Schweiz daran gewöhnen zu müssen, dass die Exekutive die Justiz behindert», sagte Baumgartner damals. Die Weigerung der Regierung könnte gar zur Einstellung des Falles führen.

Weil der Fall nur schleppend vorankommt, wendet sich der Berner Rechtsanwalt Alexander Feuz nun mit einer Aufsichtsanzeige an die Geschäftsprüfungsdelegation des Parlamentes. In den Eingaben des Anwaltes gibt es neue Einzelheiten zum Fall. So soll der Informant den Beschuldigten gar mit Sprengmaterial versorgt haben. Eine These, die der Anwalt Feuz als «abstrus» bezeichnet.

Feuz könnte sich gar vorstellen, dass dem Attentat eine Verschwörung zu Grunde liegt. Konkret könne es sein, dass ein «agent provocateur» in den Bombenanschlag involviert war. Mit anderen Worten: Ein Vertreter des Staates – zum Beispiel ein Geheimdienstler – hätte eine Drittperson aktiv dazu verleitet, den Anschlag zu begehen. Feuz will notfalls rechtliche Schritte ergreifen, um die Identität des Informanten zu klären. **6**

### KOMMENTAR

## Ureigenes Interesse

**E**s war nicht nur ein Akt der Nächstenliebe, welcher den Nationalrat veranlasst hat, die Entwicklungskredite kräftig aufzustocken, sondern nichts als konsequent. Schliesslich war es derselbe Nationalrat gewesen, welcher dem Bundesrat ebendiese Erhöhung beantragt hatte.

Auch mit den zusätzlichen Millionen zu Gunsten der ärmsten Länder dieser Welt wird die Schweiz nicht zur spendabelsten Entwicklungshelferin, sondern rangiert weiterhin im Mittelfeld der Industriestaaten. Die nordischen Länder etwa sind weit grosszügiger. Und auch vom versprochenen Millenniumsziel – 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts – bleibt unser Land noch weit entfernt.

Die massvolle Aufstockung ist umso sinnvoller, als es nicht einfach um das Halten von Versprechen und ein Zeichen von Solidarität geht, sondern auch um die Wahrung ureigener Interessen. Jeder investierte Franken kommt erfahrungsgemäss mehrfach zurück. Ausserdem dient es uns ganz direkt, wenn die Welt stabiler wird und keine Flüchtlingsmassen über die Schweizer Grenzen drängen.

Das Stimmverhalten der Mitteparteien gestern legt den Schluss nahe, dass heute auch der Milliardenkredit zur Aufstockung des EU-Rettungsfonds gutgeheissen wird. Denn was die SVP als «unhygienischen Kuhhandel» und «Erpressungsakt der SP» geisselte, folgt letztlich derselben Logik: Es liegt im ureigenen Interesse der Exportnation Schweiz, dass die EU beziehungsweise ihre Währung nicht zusammenbricht.

Das ist auch den Freisinnigen bewusst. Deshalb hat die halbe Fraktion den höheren Entwicklungsgeldern zugestimmt und wird auch die EU nicht hängen lassen. Allen Muskelspielen im Vorfeld zum Trotz.

EVA NOVAK  
eva.novak@luzernerzeitung.ch

### ANZEIGE

Abonnieren lohnt sich!



Angebot heute auf Seite 2



### INHALT

Agenda	18	Gewusst wo	18	Todesanzeigen	16/28
Börse	12	Immobilienmarkt	26	TV/Radio	15
Forum	10/14	Stellenmarkt	6	Wetter/Ratgeber	30